der deutschsprachigen Presse e.V.

Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A (ohne „Wochenschau") in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 2 Mk. 10 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 2 Mk. 10 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 2 Mk. 52 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 82 Pfg. — Ausgabe B (mit „Wochenschau") vierteljährlich 60 Pfg. mehr.
Fernspr.: Redaktion u. Verlag Nr. 2448, 2449 u. 2450. Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 46 025 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 12mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pf., aus der Stadt Münster 15 Pf. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pf.; Reklamen: Der Raum für die Reklamespalte, 87 mm breit, 3mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt u. kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht

Dritte Ausgabe. Mittwoch, 14. März 1917. 66. Jahrgang. Nr. 185.

Die Diätenablehnung des Herrenhauses vorm Abgeordnetenhaus.

Der Reichskanzler über die innerpolitische Lage.

Berlin, 14. März. (WTB.)

Am Ministertische: v. Breitenbach.
Haus und Tribünen sind gut besucht.
Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12,15 Uhr.
Zunächst steht auf der Tagesordnung der

Haushalt des Herrenhauses.

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Meine politischen Freunde haben mich einstimmig beauftragt — auch die Minderzahl derer, die bei der Schlußabstimmung des Gesetzes betreffend die Gewährung von Entschädigung an die Mitglieder des Abgeordnetenh uses mit Nein gestimmt haben —, unser lebhaftes Bedauern über die Haltung des anderen Hauses, insbesondere über die Verhandlungen vom 9. ds. Mts. auszusprechen. Es handelt sich bei diesem Gesetze um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage (Zustimmung), welche lediglich aus solchen Rücksichten zu entscheiden war. Anstatt dessen ist sie im anderen Hause durch eine künstliche politische Brille angesehen worden. (Zustimmung.) Und dabei ist das Unglück passiert, daß man eine unpolitische Mücke für einen hochpolitischen Elefanten ansah. (Zustimmung und Heiterkeit.) Das hat man von vornherein vielleicht befürchtet, da der erste Redner die Äußerung getan hat, die von andern Rednern aufgenommen wurde, daß man vielleicht sagen würde, daß er mit Kanonen nach Spatzen schieße. Ich will nicht bestreiten, daß dieses Wort zutreffend war, und will nur noch hinzufügen, daß bei diesem Schießen mit Kanonen leider mehr als ein Spatz auf der Strecke geblieben ist.

Worum handelt es sich denn bei der ganzen Sache? Im Jahre 1873 sind durch Gesetz die Tagegelder der preußischen Abgeordneten von drei Taler auf fünf Taler — jetzt 15 M. — erhöht worden. Nach den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen hat man diesen Satz für angemessen und ausreichend erachtet. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse erheblich verändert. Das ist auch in unserm Hause wiederholt anerkannt worden, daß die Bezüge der Angestellten des Staates bis in die höchsten Stellen hinauf — ich hebe das ausdrücklich hervor — (Zustimmung) zum Teil durch Erhöhungen, zum Teil durch Zulagen verbessert worden sind. Bei allen diesen Verbesserungen ist in diesem Hause niemals — während das in anderen Parlamenten geschehen ist — der Gedanke angeregt worden, auch die Tagegelder der Abgeordneten zu erhöhen. Schon vor Ausbruch des Krieges waren unsere Tagegelder nicht mehr angemessen, und es ist anzunehmen, daß auch nach dem Kriege die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Höhe der Lebensmittelpreise sich zunächst nicht verringern werden. Deshalb war schon früher der Gedanke aufgetaucht, eine Aufbesserung der Lage der Abgeordneten dadurch zu geben, daß auch uns volle Freifahrten gewährt würden.

Es besteht der eigentümliche Zustand, daß süddeutsche Reichstagsabgeordnete auf den preußischen Bahnen frei fahren dürfen, während die preußischen Abgeordneten auf den preußischen Bahnen zahlen müssen. Die Reichstagsabgeordneten haben in ihrem eigenen Lande, z. B. in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg usw. Freifahrten; nur Preußen ist in dieser Beziehung rückständig geblieben. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir die volle Freifahrkarte wiederholt verlangt, und schließlich sind wir darüber mit der Regierung zu einer Einigung gekommen.

Nun hat im Herrenhause der zweite Redner gesagt: „Im andern Hause ist das Gesetz in einer Tonart gefordert worden, wie sie sonst im parlamentarischen Leben nur im Reichstage vorgekommen ist, und wie sie im preußischen Parlament bisher nicht üblich war. (Hört, hört!) Die Regierung antwortete darauf nicht, sondern brachte den Entwurf ein." (Hört, hört!) Ich meine, daß gerade dieser Redner des anderen Hauses nicht geeignet erscheint, uns Vorhaltungen über den Ton zu machen, in welchem hier gesprochen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte gegenüber diesem Vorwurfe darauf hinweisen, was hier zunächst von dem Vertreter meiner Fraktion, dem Abg. Schmedding, der gewiß kein Durchgänger ist (Heiterkeit), über das Diätengesetz gesagt worden ist. Er führte aus, es sei überhaupt bedauerlich, daß die Wünsche des Hauses noch keine Berücksichtigung gefunden hätten. Während das Haus etwaigen Wünschen der Herren Minister in weitestem Maße entgegengekommen wäre, so hätte es bei Bewilligung der Repräsentationskosten nicht mit der Wimper gezuckt. Der Abg. Friedberg ist diesen Ausführungen beigetreten und hat gesagt, daß man zwar nicht den Ministern ihre Gehälter verweigere, aber sich auf andere Weise helfen könne.

Darauf hat die Regierung nicht sofort einen Diener gemacht, sondern Mitglieder dieses Hauses fragten erst den Minister des Innern, ob nicht diese langjährige Streitfrage zwischen dem Hause und der Regierung beigelegt werden könne. Der Minister war dazu bereit, wenn die Anwesenheit der Mitglieder festgestellt würde. Darauf wurde von verschiedenen Parteien Fühlung genommen und dem Minister mitgeteilt, daß nunmehr eine Mehrheit für die Feststellung der Präsenzgelder in diesem Hause vorhanden sei. Darauf hat die Regierung den Gesetzentwurf eingebracht, der die Sache nach denselben Grundsätzen, wie für den Reichstag, regelt.

Das ist nicht eine unzweckmäßige „Anlehnung an das Reich." Der Durchschnittsaufwand der Reichstagsmitglieder ist doch nicht anders, als der der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. (Hört, hört!) Es entspricht doch nicht dem gesunden Menschenverstande, die Sache für die preußischen Abgeordneten nach einem neuen System zu regeln, sondern nach demselben System, wie für den Reichstag.

Nach der Vorlage sollten wir statt der Tagegelder von 15 Mark eine Pauschale von 3000 Mark bekommen, wovon für jede Sitzung, in der ein Abgeordneter fehlt, 20 Mark abgezogen werden sollten. Daß bei einer mehrmonatigen Anwesenheit die nicht in Berlin wohnenden Abgeordneten selbst beim besten Willen einmal fehlen müssen, ist ganz selbstverständlich. Der Redner, der die Beweggründe der Mehrheit im anderen Hause darlegte, berechnete nach privaten Aufstellungen, daß im Durchschnitte der sieben letzten Jahre an einen Abgeordneten jährlich 2163 Mark gezahlt wurden, wozu noch die Reisekosten kommen. Mußte diese Differenz in einer Plenarversammlung überhaupt erwähnt werden? Der Redner hat aus dieser Differenz zwischen 2163 und 3000 Mark seine Bedenken dahin geltend gemacht, daß die in Berlin wohnenden Abgeordneten so erhebliche Vorteile zögen, daß das Pauschale den Nachteil ergeben würde, daß das Haus noch mehr als bisher in Berlin wohnende Abgeordnete haben würde, und damit Berufsparlamentarier, die dem praktischen Leben fern stehen, ihre Lebensaufgabe darin sehen würden, eine Nebenregierung parlamentarischer Art zu bilden. (Heiterkeit.) Ich kann nicht einsehen, daß ein Abgeordneter, wenn er statt bisher rund 2200 Mark nunmehr die schlemmerhafte Summe von 3000 Mark bekommt, der Versuchung unterliegen könnte, sich als Berufsparlamentarier zu entwickeln. (Große Heiterkeit.) Es ist überhaupt falsch, die Berechnung der letzten Jahre zugrunde zu legen; denn in den beiden Jahren 1915 und 1916 sind nur so viel Sitzungen zusammen abgehalten worden, wie unter normalen Umständen in einem Jahre. Unser Bureau hat die Freundlichkeit gehabt, die Tagegelder zusammenzustellen, die in der Legislaturperiode vor dem Kriege gezahlt worden sind, von Oktober 1908 bis zum 17. Juli 1913. Danach sind durchschnittlich gezahlt worden: im ersten Jahre 3735 Mark, im zweiten Jahre 2345 Mark, im dritten Jahre 2550 Mark, im vierten Jahre 2190 Mark und im fünften Jahre 3060 Mark, also von den fünf Jahren ist in zwei Jahren die Pauschale von 3000 Mark überschritten worden. Dazu kommen noch die Reisekosten für die Hin- und Rückreise, die für einen Abgeordneten durchschnittlich 92 Mark ausmachen, sodaß im Durchschnitt an jeden Abgeordneten 2870 Mark gezahlt worden sind. (Hört, hört!) Das ist 130 Mark weniger als der Abgeordnete nach der Neuregelung erhalten soll.

Da jeder Abgeordneter mindestens 5 bis 6 mal fehlt, so würde er also infolge des Abzuges für das Fehlen denselben Betrag erhalten wie bisher, ich glaube sogar, daß er schlechter gestellt sein würde. (Sehr richtig!) Das Herrenhaus hätte diese Sache in einer Kommission erörtern sollen, dann wäre es nicht notwendig, sie jetzt im Plenum zu behandeln. Ein kleiner Ausgleich mit Rücksicht auf die Verhältnisse liegt nur in der Gewährung der vollen freien Fahrt. In erster Reihe stehen uns allerdings aus sachlichen Parlamentsrücksichten die vollen Freikarten zu. (Sehr richtig.) Warum soll ein Abgeordneter übrigens von der Freikarte nicht auch einmal die Annehmlichkeit haben, eine Badereise zu machen, wenn er durch das monatelange Sitzen hier in Berlin eine Badereise nötig hat. Im andern Hause ist sogar gesagt worden, schon die jetzige freie Fahrt gebe aus Gründen der Verfassung zu Bedenken Anlaß. Aber anstelle der Reisekosten sind die Freikarten nicht gegeben, sondern unter gewissen Voraussetzungen neben den Reisekosten. Wenn die Mitglieder des anderen Hauses seit 1882 ohne Verfassungsbedenken ihre Freikarten benutzten (Hört, hört!), so sind wir auch berechtigt, von 1917 ab dieselbe Wohltat zu haben. Es ist der Einwand erhoben, die Verlängerung der Freikarten sei eine erhebliche Erweiterung der Parlamentsrechte. Die vielen Ausgaben des Parlamentariers bestehen aber nicht in dem, was er hier aufwendet, sondern viele von uns haben große finanzielle Verluste (Sehr richtig!), an welche die Herren allerdings nicht zu denken brauchen, die alle sechs Wochen einmal auf drei Tage herkommen. (Sehr richtig!) Es ist doch ein Unterschied, wenn man hier monatelang sitzt und zu Hause alles liegen lassen muß.

Der zweite Redner im anderen Hause sagte, wenn jetzt 450 Abgeordnete mit der Freikarte nach allen Richtungen hin reisen könnten, so sei das ein schlechtes Beispiel für das Volk. Das Volk glaubt überhaupt, daß wir die Freikarten schon haben. (Sehr richtig!) In meiner Partei ist man erstaunt gewesen, daß wir sie jetzt erst bekommen. Dieses Argument trifft also nicht zu, und man kann nur über die Zweckmäßigkeit streiten, die Freikarten auf allen preußischen Bahnen zu geben. Zum Reisen gehört auch Zeit und Geld, die bloße Freifahrtkarte nützt dem Abgeordneten nichts, um seine Aufgabe für das Vaterland zu leisten. Jetzt in der Kriegszeit unternimmt überhaupt niemand eine Reise, wenn er nicht muß. (Sehr richtig!)

Es ist ferner gesagt: „Warum plötzlich", das kann man bei jeder Neuerung sagen. Daß das Abgeordnetenhaus seit 1850 ohne diese Freikarte ausgekommen ist, ist allerdings richtig, aber das Herrenhaus besteht ebenso lange, und hat 1882 diese Neuerung angenommen. Wenn wir jetzt erheblich später damit kommen, kann man uns keinen Vorwurf machen. (Sehr richtig!)

Leider hat man im Herrenhaus auch Bedenken geltend gemacht: die Verfassung biete keine Handhabung für Informationsreisen der Parlamentarier. Die Kammer habe das Recht, sich dadurch zu informieren, daß sie die Regierung befragt oder Kommissionen zur Untersuchung von Staatssachen ernenne, was darüber hinausgehe, sei Sache der Exekutive. Ich kann das ganze staatsrechtliche Bedenken nicht verstehen. Wenn ich noch niemals eine Talsperre gesehen, wenn ich keine Auffassung von Moorkultur habe, dann kann mich ein Regierungskommissar nicht aufklären. (Sehr richtig!) Ich kann wohl mit Recht das Bedürfnis empfinden, mich persönlich zu informieren. Das ist doch kein Einariff in die Exekutive.

Der zweite Redner im Herrenhause sagte ferner: er halte die Informationsreisen überhaupt für bedenklich, die Behörden würden sich bedanken, wenn in einer Gegend, für die sich gerade das Abgeordnetenhaus interessiert, heute und morgen und übermorgen und alle Augenblicke irgendein Abgeordneter angefahren kommt und als Lichtstrahl des Parlamentarismus überall freudig aufgenommen und besonders informiert werden solle. Mit aller Zurückhaltung mache ich nur dazu die Bemerkung: Ich halte erstens diese Ausführung nicht für richtig, und zweitens kann ich eine Qualifizierung einer derartigen Erwägung eigentlich nicht aussprechen. (Sehr richtig!) Ich habe unter meinen Freunden gefragt, ob irgend jemand auf seinen Informationsreisen die Beihülfe der Behörden in Anspruch genommen habe. Niemand im Hause hatte daran gedacht, wenn er eine Talsperren oder eine Moorkultur besichtigt, erstklassig als Lichtstrahl des Parlamentarismus aus der Eisenbahn auszusteigen. Ich bedauere, daß solche Erwägungen bei dieser Vorlage im Abgeordnetenhause stattgefunden haben. Der Redner der Mehrheit im anderen Hause hat selbst das Gefühl gehabt, daß man in diesen Dingen mit staatsrechtlichen Deduktionen allein nicht auskommt; er hat deshalb diese Vorlage als ein Glied an einer langen Kette zur Ausdehnung der Macht und Befugnisse des Parlamentarismus gesehen, und der zweite Redner sah sie als eine kleine, aber doch wichtige Epoche im Fortschreiten des Parlamentarismus an, weshalb man vorsichtig sein muß.

Diese Auffassung ist mir schlechterdings unverständlich, daß die Ausdehnung der freien Fahrt auf das ganze Land eine Etappe auf dem Wege des Parlamentarismus sei. Redner wies darauf hin, daß er von 1881 bis 1884 im Reichstage die Freifahrtkarte benutzt habe und daß sie 1884 eingeschränkt wurde auf dem Wege zwischen dem jeweiligen Wohnort und Berlin, weil die Wahlen nicht nach dem Wunsche Bismarcks ausgefallen waren. Redner führte weiter aus: Sodann ist unserm Hause vorgeworfen worden, daß es in dem Staatshaushaltsausschuß einen Beschluß über den U.-Bootkrieg selbständig veröffentlicht hat. Dieser Vorwurf wird in dem anderen Hause gegen uns erhoben in dem Augenblick, wo der Antrag des Grafen Hoensbroch (Sehr gut!) und der Antrag v. Oldenburg gestellt worden sind. Das ist etwas merkwürdig. Dieser angeblich verfassungswidrige Beschluß unserer Staatshaushaltskommission (Redner verliest denselben) ersucht den Präsidenten, dem Ministerpräsidenten von ihrer Auffassung in der U.-Bootfrage Mitteilung zu machen. Das wird doch noch einem preußischen Volksvertreter zustehen, sich an seinen Präsidenten zu wenden und ihn zu bitten, die Seranisse, die ihn im schwersten Augenblicke unseres vaterländischen Lebens erfüllen, dem Reichskanzler mitzuteilen. Im übrigen sind es außergewöhnliche Verhältnisse, die auch außergewöhnliche Schritte rechtfertigen. Selbst Mitglieder des anderen Hauses sind dieser Auffassung. Die Ausführungen über ausländische Parlamente und Parlamentarier über die Auslesung von Männern, die nicht kompetent oder popular seien, haben mit unserem Parlament und mit dem Gesetz absolut nichts zu tun.

Bei uns sind die Befugnisse von Exekutive und Parlament im Reiche und in Preußen sichergestellt. Niemand denkt daran, daran zu rütteln. War es also angezeigt, jetzt solche hochpolitische Perspektiven zu entwickeln, die mir auch nicht im Interesse des Staates zu liegen scheinen?

So ist man zur Ablehnung des Gesetzes gekommen.

Dadurch, daß die Vorlage gefallen ist, ist die Erledigung der Frage für absehbare Zeit hinausgeschoben worden. Ich kann nicht glauben, daß die Regierung ein besonderes Verlangen hätte, sobald wieder sich eine derartige Verhandlung zuzuziehen. Ich glaube aber, daß wir noch viel weniger Lust haben, uns mit einer solchen Vorlage zu befassen, um uns einer unsachlichen und unfreundlichen Kritik des anderen Hauses auszusetzen. (Beifall.) Es wäre doch nötig gewesen, das Gesetz wenigstens der Ehre einer Kommissionsberatung zu würdigen. Ich empfinde das Verfahren des Herrenhauses als eine Unhöflichkeit und glaube nicht, daß das zukünftige Zusammenarbeiten mit dem Hause in schwierigen Vorlagen dadurch erleichtert wird.

Wir steuern einer neuen Zeit entgegen, möge man wollen oder nicht, es werden neue Wege eingeschlagen werden müssen. Wir wünschen, daß wir das Alte und Bewährte erhalten und haben nach dieser Richtung auch zum anderen Hause Vertrauen gehabt. Ich übernehme da einen Satz aus der Rede des Grafen York, hier ist Gelegenheit für das andere Haus gegeben, nicht nur seine warnende Stimme zu erheben, sondern auch in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechts für den Staat Preußen wenigstens Halt zu rufen. Zu meinem Bedauern ist unser Vertrauen in das andere Haus durch das in den letzten Tagen Vorgekommene sehr stark erschüttert worden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Empfindung, daß das andere Haus uns keine Gewähr zu bieten scheint, um wieder ein Wort des Grafen York zu gebrauchen für das Verständnis komplizierter politischer Situationen. (Andauernder lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Friedberg** (natl.) und **v. Kardoff** (frk.) spricht der

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg.

Meine Herren! Ich hatte nicht die Absicht, hier heute das Wort zu nehmen. Mir ist aber mitgeteilt worden, daß Ihre Debatte über den Etat des Herrenhauses einen hochpolitischen Charakter angenommen habe. Dies gibt mir Veranlassung zu einigen kurzen Ausführungen. Zum Diätengesetz, das in den bisherigen Reden eine größere Rolle gespielt hat, will ich hier nichts sagen. Das Diätengesetz bildet ja nur den mittelbaren Anlaß zu den heutigen Auseinandersetzungen. Wir haben seinerzeit die Diätenvorlage eingebracht nicht aus Liebedienerei, wie hier oder da laut geworden ist — gegen den Ausdruck „Liebedienerei" möchte ich entschieden Verwahrung einlegen (Bravo) —, sondern weil wir mit der Vorlage ein Ende bereiten wollten alten und unerquicklichen Differenzen mit einem großen Teil dieses Hauses, und weil wir hofften, durch die Vorlage die Abbröckelung der parlamentarischen Gegensätze zu fördern. Das ist der Grund für unsere Vorlage gewesen. Es war erfreulich, daß es der Regierung gelungen war, hier mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses über die Fassung der Vorlage sich zu verständigen. Das Herrenhaus hat Ihre Beschlüsse abgelehnt. Das ist an sich das gute Recht des Herrenhauses. Daß es aber von diesem Recht Gebrauch gemacht hat und die Form, in der es davon Gebrauch gemacht hat, bedauere ich. (Lebhaftes Bravo!) Meine Herren! Auch auf die technische Seite des Gesetzes jetzt einzugehen, hat für mich keinerlei Zweck. (Sehr richtig!) Dieses Gesetz kann erst in einer neuen Session des Abgeordnetenhauses wieder erscheinen. Also liegt auch für die Herren ein aktuelles Interesse an der Sache nicht mehr vor. (Sehr richtig!) In Bewegung gesetzt worden sind die Geister nicht so sehr durch die Ablehnung als durch die Reden, die im Herrenhause gehalten sind. (Sehr richtig!) Es versteht sich von selbst, daß ich meinerseits mit den Herren, die im Herrenhause gesprochen haben, nur polemisieren könnte im Herrenhause selbst. Wenn ich hier zu der Sache spreche, so kann ich es nur tun unter Vermeidung jeder persönlich gefärbten Polemik. Ich kann nur meine Stellung zu den allgemeinen politischen Fragen präzisieren. Vielleicht ergibt sich daraus ein Gegensatz zu den Anschauungen des Herrenhauses. (Bewegung.) Ich halte mich für verpflichtet, das zu tun, weil die Ereignisse der letzten Zeit in einem Teil der Presse publizistisch in einer Weise ausgenutzt worden sind, welche unsere innere Geschlossenheit nicht fördert (Sehr richtig!) und welche gleichzeitig Zweifel an meiner persönlichen Auffassung zu der gesamten Richtung der inneren Politik, wie sie geführt werden muß, aufkommen läßt, und diese Zweifel muß ich beseitigen.

Von dem Grundsatz, keine Polemik treiben zu wollen, müssen Herren des Herrenhauses, muß ich eine Ausnahme machen. Es ist im Herrenhause eine starke und bittere Kritik am Reichstage geübt worden. (Kuruf: Leider!) Gegen diese Kritik muß ich hier im Abgeordnetenhause Widerspruch erheben. (Lebhaftes Bravo.) Ich halte es für meine Aufgabe, in jedem Parlament im Deutschen Reiche — mag es das preußische Abgeordnetenhaus oder das Herrenhaus oder irgendeine andere Kammer sein — Reichspolitik zu treiben. (Bravo.) Reichspolitik muß mit allen Kräften betrieben werden. Der Reichsgedanke muß um so höher gehalten werden, weil wir uns in einem Kriege befinden, in dem wir um unser Leben ringen. (Bravo.) Der Reichstag — ich bin nicht immer seiner Ansicht gewesen — aber will denn irgendein Mensch in Zweifel ziehen, daß der deutsche Reichstag in dem jetzt seit fast drei Jahre währenden Kriege seinem Volke Dienste geleistet hat, wie kein anderes Parlament der Welt. (Lebhaftes Bravo. Bewegung.)

Meine Herren! Ich habe mich über meine Stellung zu den großen innerpolitischen Fragen wiederholt im Reichstage ausgesprochen; das letzte Mal vor wenigen Wochen. Ich habe dabei meiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in vielen Beziehungen führen muß und führen wird. (Bravo und Widerspruch.) Ich nehme bezug auf die Worte, die ich im Reichstage gesprochen habe, und ich kann Ihnen versichern, nichts wäre mir lieber, als wenn ich diejenigen Absichten, die ich zum Heile unseres Vaterlandes für nötig halte, schon heute durchführen könnte. Aber wir wollen uns doch offen über diese Fragen aussprechen. Für die Herren von der Linken liegt der Kernpunkt ihrer Wünsche für die innere Politik in der Reform des preußischen Wahlrechts.

Meine Herren! Daß die Königliche Staatsregierung an die Reform des preußischen Wahlrechtes herangehen wird, hat sie wiederholt in unmißzuverstehender Weise ausgesprochen, und ebenso habe ich meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Reform, die unzweifelhaft zu schweren inneren Kämpfen führen wird, nicht in die Hand genommen werden kann zu der Zeit, wo wir Deutsche von Feinden von außen berannt werden, weil wir diese schweren inneren Kämpfe jetzt nicht ertragen können. (Sehr richtig! und Beifall.) Das sollten doch auch die Herren bedenken, die ganz radikale Wünsche für das Wahlrecht haben. Und, m. H., wenn ich also die Maßregeln, von denen Herr Pachnicke soeben gesprochen hat, jetzt nicht bringen kann aus den Gründen, die ich auseinandergesetzt habe, so ist es unnütz, akademische Erörterungen anzustellen über die Reform zu einer Zeit, wo ich noch gar nicht weiß, wie viele Monate wir noch durchleben werden, bis der Termin gekommen ist. Täte ich es, würde ich den Kampf unter Sie schleudern, den ich unter allen Umständen vermeiden muß und will. (Lebhafter Beifall.)

Der Reichskanzler sprach unter großer Bewegung des Hauses weiter; den Schluß der Rede bringen wir in der nächsten Nummer.

Starke Kämpfe an allen Fronten.

Erfolgreicher Sturmangriff an der Narajowka. — Ausgedehnte Minenanlagen zerstört. — Erhebliche Verluste der Gegner bei Monastir.

Großes Hauptquartier, 14. März. (WTB.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Armentières wurden englische Abteilungen durch Feuer verjagt.

Im Ancregebiet griffen die Engländer nachmittags ohne Artillerievorbereitung zwischen Achiet le Petit und Bretviller, nachts nach starkem Feuer beiderseits von Bucquoy an. Sie wurden verlustreich abgewiesen und ließen 50 Gefangene in unserer Hand.

In der Champagne dauerten die Kämpfe südlich von Ripont mit wechselndem Erfolg an.

Auf dem Ostufer der Maas scheiterten Vorstöße der Franzosen bei St. Mihiel; einer unserer Flußposten wurde zurückgedrängt.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Lebhafte Vorfeldtätigkeit an mehreren Stellen zwischen Ostsee und Dujestr.

An der Narajowka stürmten unsere Stoßtrupps Teile der russischen Stellung, zerstörten ausgedehnte Minenanlagen und kehrten mit 2 Offizieren und 256 Mann an Gefangenen, mehreren Maschinengewehren und Minenwerfern als Beute zurück.

Bahnhof Radziwillow, nördlich von Brody, wurde ausgiebig mit Bomben beworfen.

Von der Front des Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe v. Mackensen ist nichts besonderes gemeldet.

Mazedonischen Front

Mehrere französische Vorstöße zwischen Ochrida- und Prespa-See blieben ergebnislos. Auch starke feindliche Angriffe nordwestlich und nördlich von Monastir schlugen fehl. An beiden Stellen erlitten die Gegner erhebliche Verluste.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 14. März. (WTB.) Türkischer Heeresbericht. An der Tigrisfront zogen sich unsere Truppen nach einem Kampf südlich von Bagdad zurück. Am 10. d. nahmen sie zwischen Bagdad und Samara eine neue Stellung ein. An der Kaukasusfront wurden starke russische Abteilungen überall abgewiesen. An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 14. März. (WTB.) Mazedonische Front: Am Westufer des Prespa-Sees drangen mehrere feindliche Kompagnien vor. Sie wurden aber unter großen Verlusten für sie zurückgeschlagen. In der Nacht wurden in der gleichen Gegend noch zwei feindliche Angriffe blutig abgewiesen. Unsere Stellungen westlich und nördlich von Bitolia standen unter sehr heftigem Artilleriefeuer. Im Cernabogen lebhafte Artillerietätigkeit. Auf der übrigen Front spärliches Geschützfeuer und Gewehrfeuer zwischen den vorgeschobenen Abteilungen. An der gesamten Front beiderseits lebhafte Tätigkeit in der Luft. Bei Nilekowo wurde ein englisches Flugzeug im Luftkampf heruntergeholt. — Rumänische Front: Östlich von Tulcea spärliches Artilleriefeuer. Auf beiden Seiten in der Nähe des Sereth schlugen unsere Truppen eine starke feindliche Erkundungsabteilung zurück. — Schwarze Meerfront: Zwei russische Schiffe beschossen ergebnislos die bulgarische Küste um Durankulak.

Amerika.

Genf, 14. März. (WB.) Wie das Pariser „Journal" mitteilt, sei es für die mehr als korrekten Beziehungen, die sich zwischen den Vereinigten Staaten und Japan entwickelt haben, bezeichnend, daß sich ein sehr kapitalkräftiges amerikanisch-japanisches Syndikat gebildet habe, dessen wirtschaftliche und industrielle Tätigkeit dem fernen Osten gelten soll.

---

* Gemüseanbau für die Stadt Münster.

Die Bemühungen unserer Stadtverwaltung, die Bürgerschaft Münsters, soviel in ihren Kräften steht, mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen, und nach Möglichkeit die bisher ihr zugeflossenen Mengen zu vermehren, haben unsern um die Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln unablässig besorgten Herrn Oberbürgermeister dazu veranlaßt, durch persönliche Fühlung mit der Landwirtschaft aus der Umgebung der Stadt alles das heranzuziehen, was nur eben erfaßt werden kann, und auf diese Weise das Band zwischen Stadt und Land wieder fester zu knüpfen. Um dies zu bewerkstelligen, besucht Oberbürgermeister Dieckmann in Gemeinschaft mit dem Gartenbau-Inspektor Faulwetter in der näheren und weiteren Umgebung stattfindende landwirtschaftliche Versammlungen, schildert den Landwirten in ungeschminkten Worten die bittere Not der Stadtbevölkerung und bemüht sich, mit den einzelnen Landwirten Verträge für feldmäßigen Gemüsebau abzuschließen, und diese Gemüse vollständig und uneingeschränkt der Stadt Münster sicher zu stellen. Daneben werden dann auch noch andere Maßnahmen zur Vermehrung der Nahrungsmittel der Stadt beraten, wie vermehrte Milchanfuhr usw. Solche Versammlungen fanden bereits mit gutem Erfolge statt in Füchtorf, Kinderhaus, Uppenberg und auf Stavelskotten für die Bauerschaften Delstrup, Kemper und Werse, und für die nächste Zeit sind sie noch für Gievenbeck, Mecklenbeck, Ostbevern-Einen-Mitte, Wolbeck, Appelhülsen usw. in Aussicht genommen.

Eine ganz besonders stattliche Versammlung tagte am Sonntag in Amelsbüren im Saale des Wirtes Offermann. Einberufen vom Landwirtschaftlichen Lokalverein Amelsbüren-Hiltrup, stand als Hauptgegenstand die Besprechung über „Gemüsebau und Milchlieferung für die Stadt Münster" auf der Tagesordnung. Über die Versammlung haben wir, soweit sie mehr örtliches Interesse hatte, bereits in Nr. 180 berichtet. Es mag hier noch im einzelnen wiedergegeben sein, was die Versorgung der Stadt Münster betrifft.

Oberbürgermeister **Dieckmann** führte in mehr als halbstündiger Rede aus: Wenn ich als Oberbürgermeister hierher gekommen bin, so drängt uns dazu die drückende Sorge, die Ernährung unserer Bevölkerung im Herbst und Winter sicher zu stellen. Ich kann Ihnen die dringende Notwendigkeit, die uns zwingt, die Versorgung der Stadt auf eine sichere Basis zu stellen, nicht darstellen, ohne Ihnen einen Ausschnitt zu geben aus der schwierigen Lage in der Versorgung der Stadt mit Nahrungsmitteln im allgemeinen. Wenn Sie von der Not in den Städten des Industriebezirkes hören, so haben Sie da auch eine ähnliche Schilderung der Verhältnisse in der Stadt Münster. Wie wenig bekannt die Not der Städte in Wirklichkeit auf dem Lande ist, davon folgender Beweis: Vor acht Tagen hörte ich, daß sogar ein Landbewohner aus dem Kreise Münster die Frage gestellt hat: „Ist es denn wirklich wahr, daß die Leute in der Stadt Münster nicht mehr satt zu essen haben?" (Hört! Hört!) Man sollte doch wirklich nicht meinen, daß es noch Leute gibt, die solche Fragen stellen können! (Sehr richtig!) Die Leute essen sich nicht nur nicht mehr satt, es wird dort direkt gehungert und zwar nicht etwa von einzelnen Leuten, sondern im großen Maßstabe, man kann ruhig sagen: von 90 bis 95 Prozent der Stadtbevölkerung. (Bewe-

Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

zung.) Und wenn es noch Leute gibt, die sich täglich satt essen, dann sind es solche, die aufs Land hinausgegangen sind, um sich auf ungesetzlichem Wege von Ihnen Nahrungsmittel zu beschaffen. Aber wer sich an die gesetzlichen Bestimmungen hält, und die Vorschriften, die zur Einschränkung des Einzelverbrauches erlassen sind, gewissenhaft beobachtet, der kann heute nicht mehr satt essen. (Bewegung.)

Der Oberbürgermeister zeigte dann im einzelnen, auf welch geringe Mengen Nahrungsmittel die städtische Bevölkerung gesetzt ist, wie Kartoffeln, Brot, Butter, Fett, Fleisch, Eier, Milch, auf das alleräußerste beschränkt worden sind. Bezüglich der Kartoffeln führte er u. a. folgendes aus: Kartoffeln dürfen wir seit dem 1. Februar nur noch drei Pfund für Kopf und Woche essen. Diese Herabsetzung soll allerdings nur vorübergehend sein, um, so lange es noch Steckrüben gibt, diese der menschlichen Ernährung dienstbar zu machen. In anderen Städten, die keine Kartoffeln haben geben können, liegen die Verhältnisse noch schlimmer; da hat es stellenweise von Anfang Januar bis heute keine Kartoffeln mehr gegeben. (Hört! Hört!) Nach eingehender unverschleierter Schilderung der sehr ernsten Verhältnisse kommt er nochmals zu der zusammenfassenden Beurteilung:

Ich kann Ihnen sagen: Es wird regelrecht gehungert, und es ist zu bewundern, mit welchem Starkmut die städtische Bevölkerung diese Verhältnisse erträgt. Dazu kommt noch die drückende Kohlennot. Wenn wir über genügend Nahrungsmittel verfügten, fühlten wir sie nicht so schwer. Tatsächlich können wir den Leuten die Kohlen nicht mehr so liefern, wie es nötig wäre, und die Aussichten sind auch hier trübe. Kohlen sind hinreichend da; aber die Transportschwierigkeiten sind so groß, daß wir uns noch auf lange Zeit hin mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Kohlenknappheit nicht behoben werden wird. Und wir werden nach den Mitteilungen, die ich in Berlin erhalten habe, wahrscheinlich dazu kommen, daß die Kohle, ähnlich wie das Getreide, in öffentliche Bewirtschaftung genommen wird, und daß dann die Städte die Kohlen verteilen nach der Größe der Haushaltung. Es würde also mit der Kohle genau so eine Rationierung vorgenommen werden, wie sie mit den Nahrungsmitteln bereits eingeführt ist.

Hinzu kommt noch eine neue große und schwere Sorge. Es ist die Sorge, ob wir mit dem Brotgetreide auskommen werden, ob wir die Ration in der bisherigen Höhe werden aufrechterhalten können. Ich glaube, vollständig im Sinne Ihres Herrn Landrats zu sprechen, wenn ich Sie darauf aufmerksam mache, wie ungeheuer wichtig, ja, wie gefahrdrohend die Frage der Versorgung mit Brotgetreide ist. So wie die Verhältnisse sich jetzt überschauen lassen, liegt die Sache so, daß wir, wenn nicht mehr Brotgetreide angeliefert wird, in die allerschwerste Sorge und Bedrängnis kommen werden. (Hört! Hört!) Sie haben ja in diesen Tagen aus dem Munde des neuen Staatskommissars Michaelis gehört, wie „erschreckend" — dieses Wort hat er selbst gebraucht — die Brotversorgung für das Vaterland ist. Ein Hauptgrund dafür ist der: Wir haben unsere Ernte überschätzt. Der Ertrag ist geringer gewesen, als man erwartete.

Dazu hat aber der Staatskommissar in sehr ernsten Worten darauf hingewiesen, daß es die Schuld Vieler ist, gleichviel, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande wohnen, wenn die Sache so ernst geworden ist. Er hat gesagt: „In der Stadt und auf dem Lande sind sehr viele Leute, die sich nicht mehr um die Erlassenen Bestimmungen kümmern, und die unsere Lage nicht mehr so ernst nehmen, wie sie in Wirklichkeit ist." Er hat festgestellt, daß noch immer Brotgetreide in ausgedehntem Maße an das Vieh verfüttert wird. Ich glaube, im Sinne Ihres Herrn Landrats Sie dringend bitten zu dürfen: „Wenn Sie noch Brotgetreide abzuliefern haben, so tun Sie es doch möglichst schnell, damit es der Allgemeinheit zugeführt wird. Von der neuen Getreidebestandsaufnahme wird es abhängen, ob bezüglich der Brotversorgung noch weitere Maßnahmen notwendig werden. Wer es aber bei dieser außerordentlich ernsten Sachlage fertig bringt, Brotgetreide zu verfüttern, der kann das vor Gott, vor seinem Gewissen, und vor dem ganzen deutschen Vaterlande nicht verantworten. Er ist in Wahrheit ein Vaterlandsverräter."

Wie es mit den Kartoffeln wird, ob wir mit ihnen auskommen werden, ist eine sehr große Frage. Maßgebende Stellen sind der Meinung, daß wir nicht auskommen werden. Darum ist auch hier die größte Sparsamkeit unbedingt notwendig, und alles, was auf dem Lande an Kartoffeln übrig ist, muß unbedingt den Städten zur Verfügung gestellt werden.

Meine Absicht war zunächst, Ihnen zu zeigen, wie die Verhältnisse in den Städten in Wirklichkeit liegen. Und daß das bitter an der Volkskraft zehrt, davon können Sie überzeugt sein. Die Klagen, die uns zugehen, sind manchmal herzzerreißend. Es tut einem in der Seele weh, wenn man eine Mutter abweisen muß, die da klagt: „Meine Kinder sind so hungrig! Nachts stehen sie auf, gehen an den Brotschrank und essen das Brot auf, das für uns alle noch reichen mußte." (Starke Bewegung.) Und das sind keine Einzelfälle; das kommt häufiger vor! Und wenn man dann den Leuten nicht helfen kann, wenn man sagen muß: „Wir dürfen und können Ihnen nichts geben," wenn man eine solche Frau und Mutter weinend muß abziehen sehen, dann blutet einem das Herz, das können Sie mir glauben. (Andauernd starke Bewegung.) Ich möchte wünschen, daß alle, die sich versündigen gegen die gesetzlichen Bestimmungen — seien es Landwirte, die Nahrungsmittel verfüttern oder zurückhalten, oder seien es Städter, die sich gegen die Anordnungen vergehen, einmal sehen würden, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, damit ihnen einmal das Gewissen geschärft wird.

Um diesen schweren Sorgen um die Ernährung der städtischen Bevölkerung, die ständig größer werden, in etwa begegnen zu können, wenigstens soweit es in unseren Kräften steht, haben wir auf neue Mittel und Wege gesonnen. Und da ist man vornehmlich auf den vermehrten Anbau von Gemüse gekommen. Wir sind mit unserem Gemüse in den letzten Jahren immer mehr auf das Ausland angewiesen gewesen. Da müssen wir uns wieder selbständig und unabhängig machen. Wir haben daher von der Stadt aus den Gemüsebau im Laufe des Krieges in steigendem Maße gefördert, und zwar haben wir ihn selbst sowohl in eigene Bewirtschaftung genommen, als auch dafür gesorgt, daß wir durch Abkommen mit Landwirten unserer Stadt möglichst viel Gemüse sicherten. Dieser Weg hat uns im vergangenen Herbst eine wesentliche Erleichterung in der Versorgung der Stadt mit Gemüse gebracht. Und nicht nur wir, auch die Landwirte, die mit uns Verträge abgeschlossen haben, sind mit diesem Verfahren zufrieden gewesen und haben erklärt, daß sie in diesem Jahre sämtlich wieder für uns Gemüse anbauen werden. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes in Berlin hat nun vor einigen Wochen auf diesen Punkt besonders hingewiesen und die Bedarfskommunal-Verbände aufgefordert, ihrerseits durch Privatverträge mit Landwirten unddlandwirtschaftlichen Organisationen dafür zu sorgen, daß möglichst viel Gemüse angebaut werde. Wir haben dieses Vorgehen begrüßt, weil wir es hier schon praktisch erprobt und gesehen haben, daß Erzeuger und Abnehmer gut dabei fahren und wir deshalb zu erfreulichen Ergebnissen kommen werden.

Zweifellos werden wir uns nach dem Kriege weit selbständiger machen müssen in der Gemüseversorgung, damit wir auf eigenen Füßen stehen können, und vom Auslande unabhängiger werden. In den letzten Jahrzehnten hat die hiesige Landwirtschaft sich hauptsächlich nach zwei Seiten hin entwickelt: in der Richtung des Getreidebaues und der Viehproduktion. Der Gemüsebau war fast ganz zurückgetreten. Der feldmäßige Gemüsebau kommt aber jetzt im Kriege und nach dem Kriege wieder zu Ehren, und wenn Sie es diesmal versuchen, wenn Sie auf den Grundlagen, wie sie jetzt festgelegt sind, die Sache in Angriff nehmen, werden Sie sehen, daß der Gemüseanbau sehr rentabel ist. Es kann dem Landwirt nicht zugemutet werden, daß er unter seinen Erzeugungskosten verkauft. Aber die Preise, die jetzt festgelegt sind, sind so, daß Sie unserer Überzeugung nach gut dabei fahren werden, und mit dem Anbau von Gemüse ein gutes Geschäft machen.

In der Reichsgemüsestelle habe ich darüber verhandelt, ob es unter allen Umständen sicher ist, daß uns diese Anbauverträge verbleiben, und da ist mir die Zusicherung gegeben worden, daß nicht daran zu denken ist, daß man uns unsere Rechte verkürzen wird. Nur wenn eine ganz offensichtliche Überschreitung des Bedarfes vorkommen sollte, wird die Reichsgemüsestelle ausgleichen, allerdings auch nicht, ohne vorher darüber Verhandlungen angeknüpft zu haben. Wenn Sie also Verträge auf Gemüselieferung mit uns schließen, können Sie versichert sein, daß der Stadt Münster dieses Gemüse ganz zugute kommt. Allerdings dürfen Sie für Ihren Bedarf nichts von diesem Gemüse nehmen: es gehört vertraglich ganz der Stadt. Sie alle haben doch wohl Beziehungen zur Stadt Münster und sorgen schon aus diesem Grunde gern für sie.

Ich habe als Oberbürgermeister von Münster immer Wert darauf gelegt, daß nicht eine Kluft zwischen Stadt und Land sich drängt, sondern daß wir uns mehr verstehen und einander näherkommen. Ich bin der Verhetzung von Stadt und Land stets entgegengetreten und werde dem immer entgegentreten. (Lebhafter Beifall). Daß es Sünder gibt, hüben so gut wie drüben, das weiß ich, und ich bin der festen Überzeugung, wir alle haben ein lebhaftes Interesse daran, diese Sünder von den Rockschößen abzuschütteln und zu sagen: „Wir haben mit ihnen nichts gemein." (Zustimmung). Die Tatsache, daß es solche Sünder und Verräter unter den Landwirten gibt, darf uns nicht veranlassen, ganz allgemein zu sagen: Die Landwirtschaft als solche ist an allem Schuld. (Sehr richtig!) Wenn unsere Landwirtschaft nicht so leistungsfähig gewesen wäre durch die wirtschaftspolitische Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte, so wären wir längst in diesem Kriege unterlegen. In diesem Jahre kommt die Kraftprobe, die die Landwirtschaft bestehen muß.

Aber wir wollen und dürfen uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Verhältnisse gleich nach dem Friedensschlusse besser werden. Wenn die Anzeichen nicht trügen, werden wir auch nach dem Frieden zunächst noch mit großen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zu rechnen haben, wenn die sämtlichen Völker sich auf den Weltmarkt stürzen. (Zustimmung). Dutzende von Faktoren kommen dabei in Frage. Um so mehr aber ist es notwendig, daß bei uns alle Kräfte angespannt werden, um uns auf eigene Füße zu stellen. Dabei muß auf der Landwirtschaft herausgeholt werden, was nur eben herauszuholen ist mit dem Aufgebot der äußersten Kraft. Das ist das Gebot der ernsten Stunde, und ich bin überzeugt, daß die Landwirtschaft uns auch über diese letzte Phase des Krieges hinweghelfen wird. (Beifall). Sie selbst hat ja das größte Interesse daran; denn wenn die Landwirtschaft jetzt auch besser lebt, als die Stadtbevölkerung, so ist doch für sie alles verloren, wenn wir den Krieg verlören. Nicht die Städter führen den Krieg für sich und nicht die Landwirte, sondern wir alle zusammen führen den Krieg als Glieder und Brüder des einen deutschen Volkes, dem die Feinde jetzt den Todesstoß versetzen wollen. Wir müssen zusammenstehen, Stadt und Land. Ich kann Ihnen die Versicherung geben: Wenn wir nicht einig und geschlossen Alles und das Letzte anspannen, was in uns sitzt, dann werden wir einer gefahrvollen Zeit entgegengehen. (Beifall).

Was nun den Gemüseanbau selbst betrifft, so kommen selbstverständlich nur solche Gemüse in Frage, die nicht zu viel Kleinarbeit notwendig machen: Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Grünkohl, Braunkohl, Möhren Bohnen und vor allem auch Frühkartoffeln. Die Anbauverträge werden zwischen Ihnen und der Reichsgemüsestelle in Berlin geschlossen und von dieser und auf unseren Antrag hin die Rechte übertragen. Ein solcher Anbauvertrag muß auf gegenseitigem Vertrauen beruhen. Wenn so Stadt und Land zusammenarbeiten, dann können Sie versichert sein, daß etwas Ersprießliches geleistet wird zum Wohle der Stadt Münster und damit zum Wohle des deutschen Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Schluß folgt.

Aus der Stadt.

Münster, 14. März.

△ **Stadtrat Franz Falger †.** Die Bürgerschaft hat wiederum den Verlust eines ihrer besten Mitglieder zu beklagen: Stadtrat Falger ist in der Frühe des Tages nach längerem Kranksein im 66. Lebensjahre gestorben. Ein Leben voller Arbeit im uneigennützigen Dienste der Allgemeinheit ist mit dem Tode Falgers zum Abschluß gelangt. Sein Name ist mit der Geschichte der Entwicklung der Stadt Münster zur werdenden, modernen Großstadt aufs innigste verknüpft; hat Falger doch als Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, dessen Vorsteher er sogar in den Jahren von 1904 bis 1909 war, dieser Entwicklung seine persönlichste Förderung angedeihen lassen können. Seit 1894 gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an, und zwar auf Präsentation der Kaufmannschaft, deren Interessen er nicht nur in den städtischen Körperschaften wahrnahm, sondern auch in Standesorganisationen, wie dem Verein der Kaufmannschaft, vertrat. Er gehörte im Kollegium bald zu den arbeitsamsten und einflußreichsten Stadtverordneten und in den wichtigsten Kommissionen hatte er Sitz und Stimme. Unbeirrt um der Parteien Gunst und Hader verfolgte er das als richtig erkannte Ziel bis zu seiner Erreichung; und man kann wohl sagen, daß der Erfolg ihm jedesmal noch recht gegeben hat. Aufrecht und selbstbewußt ging er seinen Weg und sein einziges Sinnen und Trachten war, den Interessen seiner Vaterstadt zu dienen, sie zu blühender Entwickelung zu führen. Alle Vorlagen des Magistrats, die diesem Ziele galten, fanden in ihm einen warmen Befürworter. So wußte er seine Kollegen im Stadtparlament namentlich zu erwärmen für alle Bewilligungen zum Ausbau unserer Universität, und der Rote Adlerorden 4. Klasse, der ihm bei Gelegenheit des Kaiserbesuchs im Jahre 1907 verliehen wurde, kann als Auszeichnung für die dieser Aufgabe geleisteten Dienste gelten. Eine Zeitlang vertrat er auch die Stadt Münster im Provinziallandtag. Im Mai vorigen Jahres wurde er an Stelle des verstorbenen Stadtrats Schmedding zum unbesoldeten Magistratsmitglied gewählt. Man merkte es ihm an, daß es ihm ernst war, als er am 22. September bei seiner Einführung dem Bedauern Ausdruck gab, aus dem Kollegium, in dem er 22 Jahre treu gearbeitet hatte, scheiden zu müssen. Damals schon krank, versäumte er jedoch nicht, den Sitzungen beizuwohnen, so oft es ihm sein Zustand erlaubte. Nicht nur in den städtischen Körperschaften, sondern vor allen Dingen auch im Allgemeinen Bürger-Schützen-Korps reißt sein Tod eine fühlbare Lücke. Als langjähriger Rechnungsführer hat er sich um diese Korporation die größten Verdienste erworben und wenn der große, jetzt als Vereinslazarett dienende Schützenhofsaal auf nach kaufmännischen Prinzipien gesicherter finanzieller Grundlage dasteht, so ist das zum größten Teile mit sein Werk. Mit innigem Bedauern wird die Bürgerschaft die Kunde von dem Hinscheiden dieses ausgezeichneten fleißigen Mannes vernehmen und ihm gern ein dankbares Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden!

Direktor-Einführung am Schiller-Gymnasium.

Am gestrigen Morgen wurde im Königl. Schiller-Gymnasium der neuernannte Direktor, Prof. Dr. Hoerle, in sein Amt eingeführt. Nach dem Gesang des Chores „Gott grüße dich" begrüßte Provinzial-Schulrat Dr. Cramer als Vertreter des Provinzial-Schulkollegiums den neuen Leiter der Anstalt. Ausgehend von dem Geibelschen Spruch, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen soll, wies er auf die glänzende Entfaltung hin, die das Deutschtum in diesem Kriege gezeigt habe. Unsern Schulen falle die Aufgabe zu, in der Jugend den Idealismus zu pflegen, den unser Volk gegenüber dem Haß und der Verlogenheit unserer Feinde bewiesen habe. Das Gymnasium im besonderen werde diese Aufgabe zu erfüllen haben durch die Pflege des klassischen Altertums, denn die Kulturentwicklung der Menschheit verlaufe in gerader, aufsteigender Linie von Marathon und Martino bis Sedanu und zur Somme und Ancre.

Darauf hieß Professor Wangemann im Namen des Lehrerkollegiums den neuen Direktor herzlich willkommen und wünschte ihm beglückende und erfolgreiche Tätigkeit in der schönen Hauptstadt Westfalens; das Kollegium bringe ihm freudiges Vertrauen entgegen.

Sodann nahm Direktor Hoerle selbst das Wort. Nachdem er von Kriegsbeginn an im Felde gewesen sei, falle ihm die Rückkehr zur Friedensarbeit, wie wohl zu verstehen sei, gerade jetzt zu Beginn der zu erwartenden neuen Kämpfe nicht ganz leicht. Doch bekenne er freudig, daß ihm ein schönes Lob zugefallen sei durch die Versetzung nach Münster. Er dankte für die ihm gewidmeten Begrüßungsworte und wandte sich dann an die Schüler. In längerer Ausführung schilderte er, wie herrlich sich auch die Jugend unserer Gymnasien in der schweren Probe des Krieges bewährt und den noch manchmal wiederkehrenden Vorwurf, daß das Gymnasium junge Griechen und Römer erziehe, zu Schanden gemacht habe. Die Grundlagen des alten Gymnasiums seien durch den Krieg nicht erschüttert, sondern im Gegenteil neu befestigt worden, denn der Krieg habe gerade den Wert einer Erziehung erkennen lassen, die das Hauptgewicht lege auf rücksichtslos ehrliche, keine Mühe und Gefahr scheuende Wahrheitsforschung. Zu solcher Geistesbildung wolle das Gymnasium gerade durch die straffe Schulung des altsprachlichen Unterrichts, die zugleich einführe in die reiche griechisch-römische Kultur. Es gelte, die hierin liegenden Werte nutzbar zu machen für die Erziehung zu dem tatbereiten deutschen Idealismus, wie er sich verkörpere in unsern Kriegern und großen Führern. In bewußterer Weise als bisher müsse die Schule die Jugend zu einer lebendig empfundenen Deutschheit erziehen und das Verständnis für deutsche Art und deutsches Geistesleben wecken; dazu müßten alle Fächer, auch die technischen, das ihre beitragen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß für die schweren Aufgaben, die unser Volk nach dem Kriege werde zu leisten haben, auch das Schiller-Gymnasium in einheitlichem und vertrauensvollem Zusammenwirken mit den Eltern geistig geschulte, in Gottesfurcht gestärkte, von deutschem Geiste erfüllte und körperlich tüchtige Jünglinge heranbilde.

Der Gesang des Chorales „Herr, deine Güte reicht so weit" beendete die Feier, zu der sich auch eine Reihe von Vätern und Müttern der Schüler eingefunden hatte.

Mitteilungen des städtischen Kriegsausschusses.

Wer Nachteile vermeiden will, lese die Mitteilungen jeden Tag!

Donnerstag Magen- und Buttermilchverkauf 1. Drittel.

Donnerstag Butterverkauf von 8—12 und 2—6½ Uhr.

In der Verkaufsstelle Servatiiplatz Nr. 2701—4700.
In der Stadthalle, Neubrückenstr. Nr. 2101—3600.
In der Verkaufsstelle Göbenstraße Nr. 1601—2700.
In der Verkaufsstelle Kreuzstraße Nr. 1201—2100.
In der Verkaufsstelle Warendorfer Straße Nr. 901—1500.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die durch die am 30. Januar erfolgte Herabsetzung der Wochenmenge von 5 auf 3 Pfund ersparten Kartoffeln mit 2 Pfund für den Kopf und die Woche demnächst außer den nach der früheren Herabsetzung bereits etwa abgelieferten bezw. ablieferungspflichtigen Kartoffeln zur Abholung gelangen werden und daß Haushaltungen, die nicht bis zur neuen Ernte versorgt sind, mit den eingekellerten Kartoffeln entsprechend der Herabsetzung der Verbrauchsmenge länger auskommen müssen. In den an die Bürgerschaft zur Ausgabe gelangenden Benachrichtigungsschreiben über ihre Kartoffelablieferungspflicht und die Dauer ihrer Versorgung ist die Herabsetzung der Verbrauchsmenge von 5 auf 3 Pfund noch nicht berücksichtigt, sodaß also alle Haushaltungen, die eingekellert haben, mehr abgeben bezw. länger auskommen müssen, als in den Benachrichtigungsschreiben angegeben ist. Sobald feststeht, wie lange die Herabsetzung auf 3 Pfund dauern soll, werden den Haushaltungen neue Benachrichtigungsschreiben über ihre weitere Ablieferungspflicht bezw. die Verlängerung der Dauer ihrer Versorgung zugehen. Mit den zugewiesenen Kartoffeln müssen die Haushaltungen unbedingt für die festgesetzte Versorgungszeit auskommen. In Fällen, in denen die Kartoffeln vorzeitig aufgezehrt sind, werden vor Ablauf der Versorgungszeit Kartoffeln unter keinen Umständen zugewiesen. Außerdem erhalten Haushaltungen, die ihre Vorräte nicht nach Vorschrift einteilen, im nächsten Herbste keine Bezugsscheine zum Einkellern.

Handel und Industrie.

Von der Berliner Börse. Berlin, 14. März. (WTB.) Bei ruhigem Geschäft bekundete die Börse auf fast allen Verkehrsgebieten eine recht feste Stimmung. Die Kauflust steigerte sich besonders bei Deutsch-Luxemburger, Phönix, Schwartzkopff, Caesarwerk, Chemische Fabrik Hönningen, Gaggenauer und Wittener Gußstahl, auch Köln-Rottweiler und Daimler zogen an. Türkische Lose wiesen eine Besserung auf, dagegen schwächten sich russische Werte ab. Deutsche Anleihen wurden zu unveränderten Kursen abgesetzt. Tägliches Geld 3½ Prozent, Privatdiskont 4⅝ Prozent und darunter. Devisenkurse sind unverändert.

Die Lage am Berliner Produktengeschäft hat sich nicht verändert. Man hofft, daß bei weiter zunehmender Erwärmung der Verkehr in Rüben wieder mehr in Gang kommen wird. Am Saatenmarkt bleibt die Kauflust ziemlich rege, doch fehlt in manchen Artikeln das Angebot.

Hauptredakteur Rudolf Strielholt. — Es verantworten: den redaktionellen Teil Paul Koene, die Reklamen und Inserate Anton Busch, alle in Münster. — Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung in Münster.

Wohnungs- u. Stellen-Anzeiger.

Offene Wohnungen

Frdl. möbl. Zim. m. Mrgl. zu verm. Elektr. Licht vorh. * Hamburgerstraße 21, part.

Fein möbl. Zimmer in besserem Hause mit und ohne Pension zu vermieten. * Alterssteinweg 33, I. Etage.

Gesuchte Wohnungen

Suche im Zentrum schön **möbl. Zimmer** (ev. 2, a. liebst. m gut. Pens. Nähe Prinzipalm. bevz. Gefl. Of. u. **Nr. 2961** bef. d. Anz.-Exped. **H. Wittbold, Osnabrück.**

Im Kreuzviertel zum 1. 4. gut möbl. **Wohn-, Schlafzimm. und Küche** an kinderl. Ehepaar zu vermieten. Elektr. Licht und Dauerbrenner vorh. Besichtig. des Mittags zwischen ½2 und ¾4 Uhr. Nr. 60 bis 65 Mark. Näheres in der Gesch. ds. Bl.

Dauermieterin

sucht zum 1. 4. zwei möblierte oder unmöblierte Zimmer mit etwas Kochgelegenheit. Kreuzviertel bevorzugt. Off. unter **C D 354** an die Gesch.

Ehepaar sucht möbl. **Wohn-, Schlafzimmer und Küche** oder Kochgelegenheit, Nähe Rektor. Offerten unter **W W 300** an die Geschäftsstelle.

Zum 1. 4. 17

sucht Herr (Majorendar) eleg. möbl. abgeschlossene Wohnung

Wohn- und Schlafzimmer,

am liebsten mit voller Pens. Nähe Bahnhofhaus bevorz. Ausführliche Angebote unt. **S S 300** an die Geschäftsst.

Ladenlokal

nebst größerem Nebenraum im Mittelpunkt der Stadt f. Konditorei und Kaffee zu Oktober gesucht. Offerten mit Angabe der Mietpreises usw. unter **S S 297** an die Gesch. ds. Bl.

Einzelne Dame sucht zum 1. Juli oder 1. Okt. eine neuzeitl. eingerichtete **Wohnung** v. 3—4 Z., Küche u. Zubeh. zum Preise von 750—800 M. Wenn Heizung, wird dementsprechend mehr bezahlt. Offerten unter **T T 329** an die Gesch.

Zum 1. Oktober 1917 wird im Ludgeriviertel

herrschaftl. 1. Etage

od. Hochpart. von 6—7 Zim. gesucht. Off. u. **D C 335** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ohne Stellen

Gesucht kath. Mädchen,

nicht zu jung, am liebsten vom Lande, zur selbständigen Führung des Haushaltes eines einzelnen Herrn. Nähere Ausk. erteilt Lehrerin **Babbe, Amelsbüren.** *

Suche zum 1. April ein ehrliches, tüchtiges

»» Mädchen ««

von früh morg. bis Mittagszeit. Näheres Münster i. W., Gutenbergstraße 2, I. Etage.

Besseres, properes

Stundenmädchen

zur Aushilfe, ev. für dauernd, gesucht.

Frau Verw.-Insp. Wegman, Hüfferstraße 23, I. Etg.

Saub. kath. Hausmädch.

im Alt. v. 16—20 J. sof. od. z. 1. April gesucht. Selb. w. in Haus u. Küche gut angelernt. Näh. in der Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtige, gut empfohlene

Putzfrau

für mehr. Tage gesucht. Sprechstunden: 8—9 vorm. u. 3—4 nachm. Broxl Nr. 16a.

Mädchen gesucht, welches gut melken kann, zum 1. April. Näheres in der Gesch. d. Bl.

Schulentlassenes Mädchen vormittags für nur leichte Hausarbeit gesucht. Näh. Overbergstraße 35, part.

Auf sofort oder zum 1. April ein tüchtiges kath.

Dienstmädchen

gesucht. **Frau A. Warnecke** Coerdingstraße 1, II.

Zuverlässig., ordentl., kinderl.

»» Mädchen ««

für Haus u. Küche z. 1. April gesucht. Kochkenntnisse erford. **Frau Reg.-Baumeister Bosse,** Jägerstraße 37.

Flickerin

sofort ins Haus gesucht. **Hammerstraße 152 I.**

Falzerinnen gesucht.

Buchbinderei **Greve,** Katthagen.

Erfahrene

Kostümarbeiterinnen

sucht **J. Weglage,** Frauenstr.

Suche zum 1. April ein **braves, properes, kath.**

Mädchen

für sämtliche Hausarbeit. **Frau Müller.** Gemeinnütz. Gasthaus, a3 Gladbeck-Zweckel, Dorstenerstr. 14.

Buchbinderlehrling gesucht. H. Greve, Buchbinderei und Bildereinrahmung.

Gesuchte Stellen.

Schulentl. kräftiges Mädchen, auch sehr kinderl., sucht zum 1. April Stelle, am liebsten bei e. Landwirt. Off. u. **D C 335** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle mich als

ärztlich geprüfte Erstwärterin.

Frau Luise Lütgebaucks, Hamm (Westf.), Viktoriastr. 46.

Durchaus zuverlässig. kathol. Junggesell., Anfg. der 50er, noch sehr rüstig, in allen landwirtsch. Arbeiten bewandert, der bisher im elterl. Hause tätig ist, wo neben Landwirtsch. auch noch Gastwirtschaft betrieben wird, sucht anderweitig

Stellung

bei prop. Leuten, Kriegerwitwe bevorzugt. Auf Höchstlohn wird weniger gesehen, aber Familienanschluß erwünscht. Gefl. Angebote u. **S S 2196** an die Gesch. ds. Bl. erbeten.

Schirmgeschäft

an verkehrsreicher Straße einer größeren Stadt des Münsterlandes zum 1. April oder spät. an kautionsfähige Dame z. vermieten. Späterer Kauf nach Übereinkunft. Angebote unter **A B 332** an die Gesch. ds. Bl.

Alleinstehender Herr sucht **Möbel und Einrichtung von e. bess. Herr.-Schlaf- u. Wohnzim. monatweise zu mieten.** Off. u. **J K 340** an die Gesch. *

An- und Verkäufe

Gebr. Sessel,

gut erhalt., nebst 2 gebr. woll. Decken von Gichtkranken zu k. gesucht. Off. u. **K L 341** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gebr., tadellos erhalt.

Maulbügeltasche,

mind. 45 Ztm. lang, zu k. ges. Angb. u. **L M 342** an d. Gesch.

Mod. gebrauchter Klappsportwagen m. Verdeck zu kauf. ges. Off. u. **H J 339** a. d. Gesch. *

Guterhaltener Plüschsessel zu kaufen gesucht. Ludgeristraße 40/41 I.

Suche 2 bis 300 gute Legehühner.

Kaufe auch k. Partien an. Off. nebst Pr. an **Frau Stroetmann,** Münster, Hoppendamm 15, 1. Et.

Guterhaltener Sitzliegewagen mit Gummireifen bill. zu verk. Dahlweg 53, III. Etage.

Ein kleiner Säulenofen zu verkaufen. Brüderstraße Nr. 11.

Eleg. Herrenzimmer zu verkaufen: Gr. gepolst. Ecke mit Medizinschr., Tisch, 4 Stühle, gr. Dipl.-Schreibt., Schreibst., Bücherschr. Melchersstr. 29, II.

Einfache Gaslampe zu verkaufen. **Biller,** Gutenbergstraße Nr. 8.

Gut. weiß. Herd, noch gut erhalten, für 25 Mark zu verk. Gartenstraße 27, II. Etage.

Weißer Herd, Ofen u. 3 einf. elektr. Lampen zu vk. N. G.

Kommunionkleid u. Kränzch. gut. zu verk. Averkampstr. 4 I.

Wer nimmt zum Frühjahr noch ein

Fohlen zur Weide.

Meßmann, Geist Nr. 49.

Eine gutgehende

»» Wirtschaft ««

im Mittelpunkt der Stadt zum 1. April zu verpachten oder zu verkaufen. Anfragen erledigt d. **Gütersloher Akt.-Brauerei.** *

Anl. z. Gemüsebau 20 Pf. Part. bill. **Thiele,** Buchhdlg., Prinzipalm. 5.

350 Mark von Kaufmann gegen Sicherheit u. gute Zinsen zu leihen gesucht. u. **B B 331** an die Gesch. *

Barbier-, Friseur-Innung.

Rasier-Seife vorrätig für Mitglieder. Abgabe Rothenburg 20.

Verloren und Gefunden.

Gold. Kneifer in braun. Etui (Bischof) wahrscheinlich auf Mauritz verloren. Gegen Belohnung abz. Gereonstraße 23, 1. Etage.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines prächtigen

Töchterchens

zeigen an

Dr. med. **Boeckmann** u. **Frau**
Hildegard geb. **Plange.**

Am 13. März 1917 verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Jda Teschemacher
geb. **Riema**

kurz vor Vollendung ihres 63. Lebensjahres.

Münster und Cassel, den 13. 3. 1917.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Privatdozent **Dr. Hans Teschemacher**
Elli Kühnemann geb. **Teschemacher**
Regierungsrat **Dr. Max Kühnemann.**

Beileidsbesuche und Kranzspenden dankend verbeten.

Die Leiche wird nach Berlin überführt.

Das Jahres-Seelenamt

für den auf dem Felde der Ehre gefallenen

Registratorgehülfen

Franz Barlage

findet statt am **Freitag, den 16. März,** morgens 8 Uhr in der St. Mauritzpfarrkirche, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute mittag 12½ Uhr meinen lieben Bruder, unseren herzensguten Onkel,

den Jubilarpriester Landdechanten a. D.

Heinrich Berger

Inhaber des Roten Adlerordens IV. Klasse und des Kronenordens III. Klasse

nach kurzer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 85 Jahren zu sich zu nehmen.

Seine Seele wird dem frommen Gebete, besonders der Priester am Altare empfohlen.

Münster i. W., den 13. März 1917.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Witwe Kath. Bischof geb. **Berger.**

Die Beerdigung findet statt Freitag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause Nordstraße 28 aus; das feierliche Seelenamt am selben Tage 9 Uhr in der hl. Kreuzkirche.